

## Aktive Bürgerschaft von Menschen mit Behinderung in Europa – Abschlusskonferenz des EU-Projekts DISCIT

Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit geben, aktive und gleichberechtigte Bürger(innen) in der Gesellschaft zu werden – das ist das erklärte Ziel des europäischen Forschungsprojekts DISCIT. Als eine Wortschöpfung aus DISAbilities und CITizens, meint DISCIT: Menschen mit Behinderungen sollen ‚Aktive Bürgerschaft‘, das heißt vor allem (soziale) Sicherheit, (persönliche) Autonomie und (politischen) Einfluss, wahrnehmen können. Hierfür müssen die Schritte zu besserer und umfassender Teilhabe aktiv gestaltet und die Barrieren abgebaut werden, die dies bislang noch verhindern. Grundlage für die Forschungsarbeit ist außerdem die UN-Behindertenrechtskonvention.

Durch die Einbindung von Menschen mit Behinderung in nationalen Beiräten und der Interessenvertretungsorganisation Europäisches Behindertenforum verfolgt DISCIT zudem einen partizipativen Forschungsansatz. Als Forschungsmaterial wurden Dokumente analysiert; außerdem fanden in allen beteiligten neun Ländern leitfadenstrukturierte Interviews mit behinderten Menschen und Experteninterviews statt.

Die internationale Forschungsstelle Disability Studies (iDiS) der Universität zu Köln vertritt Deutschland im Forschungsverbund; unter der Leitung von Professorin Anne Waldschmidt beschäftigt sie sich als Schwerpunkt mit der politischen Partizipation durch Behindertenrechtsorganisationen. Beteiligt sind außerdem Forschungsinstitutionen aus Italien, Irland, Norwegen, Serbien, Schweden, Schweiz, der Tschechischen Republik und Großbritannien.

Am 9. und 10. November 2015 fand die Abschlusskonferenz des Forschungsverbunds in der Norwegischen Botschaft in Brüssel statt. Eingeladen waren alle Beiratsmitglieder, die das Projekt drei Jahre lang begleitet haben, sowie weitere Expert(inn)en und Mitglieder der Europäischen Kommission. Aus Deutschland waren beispielsweise Vertreter der Bundesvereinigung Lebenshilfe und der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben anwesend. Die Tagung begann mit einer kurzen Einführung in das Rahmenkonzept der Aktiven Bürgerschaft, die es behinderten Menschen ermöglichen soll, den passiven Status von Sozialleistungsempfängern abzulegen, das

Leben selbst zu gestalten, ihre Fähigkeiten einzubringen und die eigenen Interessen zu vertreten.

Das anschließende Podium diskutierte den Zusammenhang von Aktiver Bürgerschaft und dem Leben in der Gemeinschaft. Trotz langjähriger De-Institutionalisierungsprozesse gibt es mit der Ausnahme von Schweden in den untersuchten Ländern immer noch Wohnformen, die mehr als 30 Personen umfassen. Auch verweisen die Forschungsergebnisse auf eine Tendenz zur Re-Institutionalisierung. Insbesondere betroffen von der Aussonderung in anstaltsähnlichen Einrichtungen sind Menschen mit Lernschwierigkeiten oder psychosozialen Schwierigkeiten. Im nächsten Podium wurden mit Blick auf Menschen mit psychosozialen Schwierigkeiten neue soziale Ungleichheiten beleuchtet. Hervorgehoben wurde die Bedeutung gemeindeintegrierter Dienstleistungen. Insbesondere die Verteilung der Zuständigkeiten auf viele Ämter und Organisationen erschwere Menschen mit Behinderung die Verwirklichung von Aktiver Bürgerschaft. Außerdem sollte ‚peer support‘ eine wichtigere Rolle spielen. In einem weiteren Podium wurde die Bedeutung von Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung für die Aktive Bürgerschaft diskutiert. In den untersuchten Ländern unterscheiden sich die Beschäftigungsquoten von Menschen mit Behinderungen erheblich von denjenigen nichtbehinderter Menschen. Die Diskussion behandelte die Frage, inwiefern der Fokus auf Erwerbsarbeit nicht zu einseitig ist und andere Formen von Beschäftigung größere gesellschaftliche Anerkennung erhalten sollten.

Der zweite Tag der Veranstaltung begann mit einem Podium zur politischen Partizipation von Menschen mit Behinderung, dem thematischen Schwerpunkt des Teams an der Universität Köln. Ein wichtiger Diskussionspunkt war die Frage nach der Selbstrepräsentation im Sinne der Behindertenrechtskonvention, inwiefern die Unterscheidung zwischen Organisationen *für* und *von* Menschen mit Behinderungen wichtig ist, um Möglichkeiten der politischen Teilhabe zu verbessern. Außerdem wurde die Bedeutung von finanziellen Ressourcen und Kompetenzvermittlung angesprochen. Ein weiterer Punkt bezog



Foto: Mit freundlicher Genehmigung von Lila Sylwiti im Auftrag des European Disability Forums

sich auf die Notwendigkeit eines systematischen und strukturierten Dialogs zwischen offizieller Politik und Organisationen von Menschen mit Behinderung. Vor allem in diesem Podium fand eine spannende Diskussion zwischen der Wissenschaft, nationalen Akti-

vist(inn)en und Vertreter(inne)n des Europäischen Behindertenforums statt.

Des Weiteren wurde über barrierefreie Technologien diskutiert. In diesem Podium wurde hervorgehoben, dass die Regelungen des Markts in den ver-

schiedenen europäischen Ländern nicht ausreichend sind, um Barrierefreiheit für alle Menschen zu erreichen. Die Forschungsergebnisse zeigen überdies, dass sich abhängig von Beeinträchtigungsform, Geschlecht und Alter das Interesse an barrierefreien Technologien sowie deren Nutzung deutlich unterscheiden. Abschließend diente die Tagung dazu, Konsequenzen und Strategien zur Anwendung des neuen Wissens zu diskutieren. Die Forschungsergebnisse werden in die Arbeit der behindertenpolitischen Fachstelle der EU-Kommission wie auch des Europäischen Behindertenforums einfließen; auch auf nationaler Ebene haben sich wichtige Impulse und Kontakte ergeben. Der Forschungsverbund plant außerdem zwei umfangreiche Sammelbände, um die Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

**i Weitere Informationen und Kontakt:**

**Prof. Dr. Anne Waldschmidt**

**@** <http://discit.uni-koeln.de>

<http://discit.eu>

[discit-research@uni-koeln.de](mailto:discit-research@uni-koeln.de)

erschienen in der Fachzeitschrift TEILHABE 1/16